



## **Gemeinsame Pressemitteilung**

**der Arbeitsgemeinschaft LAVA – „Länderübergreifender Angemessener Versorgungsanspruch“, ein Zusammenschluss der Kassenärztlichen Vereinigungen Brandenburg, Nordrhein, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Westfalen-Lippe**

## **LAVA: Gleiche Bedingungen für alle Regionen!**

### **KV-Bündnis kämpft für die Sicherung der ambulanten medizinischen Versorgung**

**Potsdam, 18. Januar 2012.** Die Kassenärztlichen Vereinigungen, die sich bereits 2011 als LAVA („Länderübergreifender Angemessener Versorgungsanspruch“) für eine gerechte und gleichmäßige Finanzierung der ambulanten medizinischen Versorgung eingesetzt haben, wollen auch 2012 nicht locker lassen: „Wir werden nicht tatenlos zusehen, wenn die Versorgung in unseren Ländern gefährdet wird“, betonen die Vorstandsvorsitzenden der KVen. Sie fürchten, die heutige Versorgungsdichte mit niedergelassenen Ärzten und Psychotherapeuten nicht aufrechterhalten zu können, wenn es bei der unterdurchschnittlichen materiellen Ausstattung bleibt und der medizinische Nachwuchs sich an den besseren Standorten orientiert.

In Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen leben 34 Millionen Menschen, die den gleichen Anspruch an eine gute medizinische Versorgung haben, wie ihre Mitbürger in anderen Regionen Deutschlands. Die Länder wie die Städte und Gemeinden haben den berechtigten Anspruch, auch in Zukunft über eine flächendeckende Versorgung ihrer Bevölkerung mit Ärzten und Psychotherapeuten verfügen zu können. Und die rund 55.000 Ärzte und Psychotherapeuten in den betroffenen Ländern dürfen erwarten, für ihre Leistungen am einzelnen Patienten nicht schlechter honoriert zu werden.

Vor diesem Hintergrund bedauern die Vorstände der LAVA-KVen, dass Bundesregierung und Bundestag die Chance nicht ergriffen haben, eine Angleichung der Finanzmittel im Versorgungsstrukturgesetz zwingend vorzugeben. „Wir haben zwar jeden Politiker, mit dem wir gesprochen haben, von der Stichhaltigkeit unserer Argumente überzeugen können“, resümiert

Dr. Burkhard John, Vorsitzender der KV Sachsen-Anhalt. „Entsprechend gehandelt hat die Politik bislang jedoch nicht. Das Problem lässt sich jedoch nicht aus der Welt schaffen, in dem man es ignoriert.“

Das LAVA-Bündnis wird sich – gemeinsam mit den Regierungen der betroffenen Bundesländer – weiter dafür stark machen, die Standortnachteile bei der Sicherung der künftigen medizinischen Versorgung zu verringern. Ziel ist eine an der Krankheitslast der Bevölkerung und an der Arbeitsbelastung der Ärzte und Psychotherapeuten angepasste Finanzierung der medizinischen Versorgung in allen

Bundesländern zu erreichen. „Dabei“, so Dr. John, „werden wir keinen Weg ungenutzt lassen. Der Bundestag muss sich noch mit der breit unterstützten Petition aus Westfalen beschäftigen; wir prüfen alle juristischen Wege gegen die unberechtigte Ungleichbehandlung unserer Patienten und Mitglieder und natürlich werden wir uns mit den Kostenträgern über die Konsequenzen aus der ungleichen Finanzierung unterhalten müssen.“

**Zum Hintergrund:**

Die LAVA-KVen vereint die gemeinsame Situation, dass sie aufgrund der Demographie und Morbidität der Bevölkerungsstruktur einen überdurchschnittlichen medizinischen Behandlungsbedarf der Versicherten abdecken, dafür aber nur unterdurchschnittliche Finanzmittel von den Kassen bereitgestellt bekommen.

Im Bundesdurchschnitt zahlen die Kassen im Rahmen der Morbiditätsorientierten Gesamtvergütungen 344 Euro pro Versicherten und Jahr. In Westfalen-Lippe sind es 318 Euro, in Sachsen-Anhalt 322 Euro, in Nordrhein 328 Euro, in Brandenburg, Rheinland-Pfalz und Sachsen je 336 Euro und in Thüringen 337 Euro.